

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 12) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 10) am 12.11.2003

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer: 17.00 Uhr bis 18.55 Uhr

Den Vorsitz führte: Ratsherr Heino Ammersken

ANWESENDE:

(Jugendhilfeausschuss)

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsfrau Helga Grix

Bürgermeisterin Lina Meyer

Ratsherr Rico Mecklenburg

- für Ratsfrau Elfriede Meyer –

CDU

Ratsherr Ihno Groeneveld

Ratsherr Werner Vollprecht

FDP

Ratsherr Holger Klaassen

Stimmberechtigte sonstige Mitglieder

Herr Wilhelm Grix

Herr Michael Wagner

Herr Norbert Haarmeyer

Frau Oelrichs-Brinkmann

- für Frau Regina Meinen –

Nichtstimmberechtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)

Ratsherr Bernd Renken

Beratende Mitglieder

Herr Abdou Quedraogo

Frau Ingrid von Schwartzenberg

Herr Uwe Willms

Frau Elfriede Wilts

Von der Verwaltung

Stadtrat Martin Lutz

Städt. Oberamtsrat Walter Saathoff

Stadtamtsrat Richard Lücht

Stadtangestellter Tom Sprengelmeyer

Stadtangestellte Heidemarie Kohnen

- als Protokollführer –

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 12) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 10) am 12.11.2003

(Ausschuss für Gesundheit und Soziales)

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsherr Walter Davids
Ratsfrau Helga Grix
Ratsherr Jürjen Heinks -für Ratsfrau Elfriede Meyer-
Bürgermeisterin Lina Meyer
Ratsherr Kai-Uwe Schulze

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz
Ratsherr Herbert Buisker
Ratsherr Kurt Hannappel

FDP

Ratsherr Heino Ammersken
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Ratsherr Rolf Bolinius

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)

Ratsherr Hermann Züchner

Beratende Mitglieder

Herr Jürgen Dietrich
Herr Wilhelm Grix
Herr Norbert Haarmeyer
Frau Elsa Hartwig
Herr Klaas Hayenga
Herr Karl-Heinz Kracke

Von der Verwaltung

Stadtrat Martin Lutz
Städt. Oberamtsrätin Doris Tempel
Stadtamtsrat Reinhard Kleen
Ärztin Christiane Lamschus
Sozialpädagogin/Sozialarbeiterin Almut Bungenstock
Stadtangestellte Andrea Trauernicht

Gäste

2 Vertreter der Presse
5 Zuhörer

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 12) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 10) am 12.11.2003

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Zuhörer sowie die Vertreter der Presse und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Saathoff schlägt vor, als Erweiterung der Tagesordnung den Punkt 2a) – Verpflichtung eines stimmberechtigten sonstigen Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses – einzufügen.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung angenommen.

Punkt 2a) Verpflichtung stimmberechtigter sonstiger Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Herr Ammersken nimmt die Pflichtenbelehrung und die förmliche Verpflichtung nach den Vorschriften der NGO für Frau Marion Oelrichs-Brinkmann vor.

Punkt : 3 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen gestellt.

M I T T E I L U N G S V O R L A G E N

Punkt : 4 Vorlage 14-903
„Kinderarmut“ und Handlungsansätze des Fachdienstes Gesundheit aus dem vorliegenden Gesundheitsbericht 2003

Frau Bungenstock und Frau Lamschus vom Fachdienst Gesundheit präsentieren ausführlich und anschaulich ausgewählte Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen aus dem Gesundheitsbericht 2003 und stellen einzelne Handlungsansätze zur Lösung der ermittelten Probleme vor.

(Anmerkung des Protokollführers: Der erste Emdener Gesundheitsbericht ist im Internet unter der Adresse www.Emden.de - Bürgerinfo - Gesundheit und Soziales - Fachdienst Gesundheit (Gesundheitsamt) - Gesundheitsberichterstattung oder unter www.emden.Beratungskompass.de - Info/Aktuelles-Gesundheitsbericht veröffentlicht).

Herr Mecklenburg greift die Auswertung der Einschulungsuntersuchungen nach Stadtteilen und den festgestellten Zusammenhang zwischen erhöhten Zahlen in Bezug auf Auffälligkeiten bei den untersuchten Kindern und einem gehäuftem Auftreten sozial eher schlechter gestellten Familien auf und weist darauf hin, dass diese Feststellung sich über den untersuchten Grundschulbereich auf den gesamten weiteren Schulbereich auswirke.

Herr Grix ist nicht froh, dass durch den vorgestellten Gesundheitsbericht die Untersuchungsergebnisse der AWO aus dem Jahre 1999 bestätigt würden. Die festgestellten Auffälligkeiten bei den Einschulungsuntersuchungen machten deutlich, dass ein Handlungsbedarf schon vor der Einschulung im Kindergartenbereich bestehe.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 12) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 10) am 12.11.2003

Auf seine Frage erläutert Frau Lamschus im einzelnen die gravierenden Auffälligkeiten bei der Einschulungsuntersuchung, nämlich Defizite in den Bereichen Feinmotorik, Sprache, Übergewicht und Verhalten, und beschreibt das Feststellungsverfahren im Gesundheitsamt.

Herr Dr. Beisser bedankt sich bei den Referentinnen für den fundierten Fachvortrag und spricht sich dafür aus, die Verwaltung auf der Grundlage der vorgelegten Ergebnisse und Handlungsansätze zu beauftragen, umgehend ein integriertes Handlungskonzept zu entwickeln.

Herr Mecklenburg äußert sich ebenfalls lobend über die komplexe Darstellung des Fachdienstes Gesundheit hinsichtlich der drastischen Ausmaße der festgestellten Beeinträchtigungen. Festgehalten werden müsse, dass von ca. 550 untersuchten Kindern fast 200 Kinder einen auffälligen Befund in der Feinmotorik und jeweils fast 100 Kinder – und damit fast jedes fünfte Kind – sprachauffällig, übergewichtig oder verhaltensauffällig sei. Zudem seien oft alleinerziehende Mütter betroffen. In diesem Zusammenhang gelte es auch die Einkommenssituation der betroffenen Eltern und Elternteile zu verbessern. Er bitte der Sitzungsniederschrift eine Veröffentlichung von Frau Gerda Holz „Kinderarmut verschärft Bildungsmisere“ sowie Ausführungen zum „Mainzer Modell“ beizufügen.

(Anmerkung des Protokollführers: Beide Veröffentlichungen werden nach Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden dem Protokoll anliegend beigelegt).

Herr Mecklenburg kündigt sodann für die SPD-Fraktion eine umfassende Antragstellung zu dieser drängenden Thematik an.

Herr Renken stellt die fachübergreifende Aufgabe in der Bekämpfung der „Kinderarmut“ heraus und setzt sich für mehr Krippenplätze und Ganztagsbetreuung ein. Die zur Befriedigung des Bedarfes notwendigen Vorhaben hätten seines Erachtens im Rahmen der Sozial- und Jugendhilfeplanung rechtzeitig und ausreichend geplant werden müssen.

(Anmerkung des Protokollführers: Der Sozial- und Jugendhilfeplaner Josef Engels ist seit über einem Jahr krank.)

Im übrigen könne es bei dem vorgestellten Gesundheitsbericht nicht bei einer einmaligen Aktion verbleiben, erforderlich sei vielmehr eine kontinuierliche Armutsberichtserstattung.

Herr Sprengelmeyer weist auf die Notwendigkeit von aufsuchenden und niedrigschwelligen Angeboten hin und schlägt vor, sich zukünftig verstärkt mit dem Themenkomplex „Familie“ auseinander zu setzen.

Herr Bongartz erklärt, der vorgelegte Gesundheitsbericht offenbare, es gebe keine Erkenntnismängel mehr. Gemeinsam sei man nun aufgefordert, nach Handlungsmöglichkeiten zu suchen. Es sei zu überlegen, ob noch für den Haushalt 2004 Prioritäten verschoben werden müssten.

Herr Lutz spricht sich für eine Veränderung der Arbeit im vorschulischen Kindertagesstättenbereich aus, um die dargestellten Symptome zu lindern. Eine Veränderung der Haushaltsplanung für 2004 halte er nicht für erforderlich.

Frau Lamschus erinnert an das Gesundheitsförderungsprojekt „Klasse 2000“, ein Projekt für Suchtprävention. Die Finanzierung erfolge über das Patenschaftsprinzip: Krankenkassen, Institutionen, Versicherungen, Vereine, Firmen und Privatpersonen könnten für Schulklassen Patenschaften übernehmen. Die Patenschaft für eine Schulklasse betrage pro Schuljahr nur 280,-- €. Außerdem werde als Handlungsempfehlung die Einrichtung einer Sprachheilklasse

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 12) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 10) am 12.11.2003

in Emden für erforderlich gehalten, da es in jedem Schuljahr ca. 15 Kinder mit einer schweren Leistungsbeeinträchtigung aufgrund einer Sprachbehinderung gebe.

Herr Bongartz sichert spontan zu, sich für entsprechende Patenschaften für die Klasse 2000 einzusetzen und zu werben.

Herr Grix schlägt vor, darüber nachzudenken, Sprachheilförderung bereits im Kindergarten anzugehen. Es gelte im übrigen nicht nur materielle Hilfen zu leisten, sondern es müssten konzeptionelle Lösungen erarbeitet und insbesondere die Elternverantwortung gestärkt werden. Es sei erforderlich, einen Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung herzustellen.

- Herr Davids, Herr Hannappel und Herr Kracke verlassen die Sitzung -.

Herr Sprengelmeyer bekräftigt die gute Qualität der geleisteten Arbeit in den Kindertageseinrichtungen und ist froh über die Beibehaltung des bisherigen Kindergartenangebotes. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Beratung in den letzten Jugendhilfeausschusssitzungen, insbesondere auf die Vorstellung eines Konzeptes zur Sprachförderung in Kindertagesstätten sowie das Konzept über das AWO-Elterntaining.

Herr Mecklenburg kündigt hinsichtlich der Einrichtung einer Sprachheilklasse eine entsprechende Beschlussvorlage für die nächste öffentliche Schulausschusssitzung an.

(Anmerkung des Protokollführers: Vorlage Nr. 14-839/01 „Einrichtung einer Sprachheilklasse an der Grundschule Grüner Weg zum 01.08.2004“.)

Herr Ammersken bedankt sich bei Frau Bungenstock und bei Frau Lamschus für ihren ausführlichen Vortrag und schließt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

A N T R Ä G E V O N F R A K T I O N E N / G R U P P E N

Punkt : 5 Vorlage 14-904
Unentgeltliche oder verbilligte Eintritte in den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Lebens. Einführung von einem „Emden-Pass“ nach dem Beispiel der Stadt Oldenburg.

Ergebnis: Kenntnis genommen

Punkt : 6 Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

Keine Mitteilungen.

Punkt : 7 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Keine.

Punkt : 8 Anfragen

Keine.